



Katherina Reiche
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ute Vogt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Katherina Reiche (CDU) / Ute Vogt (SPD)

Koalitionsverhandlungsgruppe Umwelt und Landwirtschaft

Katherina Reiche (CDU)/ Ute Vogt (SPD): „Union und SPD einigen sich auf wichtige Fortschritte beim Natur- und Tierschutz“

Berlin, 4. November 2013

Katherina Reiche MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227 77603
Fax: (030) 227 76565
katherina.reiche@bundestag.de

Ute Vogt MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227 72894
Fax: (030) 227 76446
Ute.Vogt@bundestag.de

CDU/CSU und SPD haben sich in der Koalitionsarbeitsgruppe Umwelt und Landwirtschaft in den ersten Punkten geeinigt:

- Konkrete Maßnahmen beim Hochwasserschutz - unter anderem: Bundesprogramm „Blaues Band“ zur Förderung der Renaturierung von Fließgewässern und Auen in Deutschland als wichtiger Beitrag zum Natur- und Hochwasserschutz
- Erweiterung des Nationalen Naturerbes um mindestens 30.000 ha
- Verbesserung Lärmschutz
- Verstärkter Kampf gegen Wilderei sowie illegalen Handel mit Wildtieren
- Besserer Schutz unserer heimischen Vogelwelt
- Bekenntnis zum Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022
- Energiewende als Vorbild auf EU-Ebene
- Deutschland als Motor in der internationalen Sicherheitsdiskussion



Hierzu erklärt **Katherina Reiche (CDU)**, Verhandlungsvorsitzende der Union in der Koalitionsarbeitsgruppe Umwelt und Landwirtschaft: „Wir wollen im Naturschutz ein neues Kapitel aufschlagen. Einen besonderen Fokus wollen wir auf die Renaturierung von Flüssen und Auen legen. So bewahren wir Natur und Tierwelt und bringen den Hochwasserschutz voran.“

Ute Vogt, SPD-Verhandlungsvorsitzende in der Koalitionsarbeitsgruppe, betonte: „Den Tierschutz werden wir deutlich verbessern: Der Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere von Wildtieren wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll grundsätzlich verboten werden.“

Im Einzelnen:

1. Wir werden den Hochwasserschutz konsequent ausbauen. Hierzu wird unter anderem ein Bundesprogramm „Blaues Band“ aufgelegt, um die Renaturierung von Fließgewässern und Auen in Deutschland gezielt zu fördern.
2. Wir werden das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern und Flächen, die aus der militärischen Nutzung genommen werden, von der Privatisierung ausnehmen und an interessierte Länder, Umweltverbände oder -stiftungen übertragen.
3. Wir werden den Flächenverbrauch begrenzen. Mit Blick auf den demographischen Wandel halten an dem Ziel fest, den Flächenverbrauch bundesweit auf höchstens 30 ha pro Tag bis 2020 festzulegen.
4. Wir werden den Kampf gegen die weltweit eskalierende Wilderei sowie den illegalen Handel mit Wildtieren und deren Produkten (zum Beispiel Elfenbein) verstärken. Gleichzeitig werden wir den Schutz von Wildtieren verbessern.
5. Bei uns brütende und rastende Zugvögel sind durch nicht nachhaltigen Fang und Abschuss außerhalb Deutschlands bedroht. Wir werden internationale Aktionen initiieren, fördern und unterstützen, um mit an-



deren Staaten entlang der Zugvogelrouten unsere heimische Vogelwelt besser zu schützen.

6. Wir werden den Schutz unserer Meere weiter ausbauen. Das Welterbe Wattenmeer braucht dabei einen besonderen Schutz. Wir unterstützen den EU beim Kampf gegen die Vermüllung der Meere, insbesondere durch Plastikmüll.
7. Wir werden Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung ergreifen. Wechselwirkungen verschiedener Lärmquellen müssen dabei besser berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere für Straßen- und Schienenlärm.
8. Im Jahre 2011 haben Bundestag und Bundesrat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. CDU/CSU und SPD halten an diesem Beschluss fest. Spätestens 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Außerdem werden wir auf EU-Ebene für unsere Energiewende werben.
Deutschland bleibt Motor in der internationalen Sicherheitsdiskussion. Daher brauchen wir auch nach dem Ausstieg geeignete Forschungseinrichtungen und ausreichende Fachkompetenz zur Beurteilung der Sicherheit von Kernkraftwerken, des Strahlenschutzes und der nuklearen Entsorgung.
Wir werden das im Sommer 2013 verabschiedete „Standortauswahlgesetz“ zügig umsetzen.